

## THEMENSERVICE

### Deutsche EU-Ratspräsidentschaft – KW 48

Patricia Enssle und Wadim Lisovenko

#### Endspurt für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Bis zum 31. Dezember 2020 führt Deutschland den Vorsitz im Rat der Europäischen Union (EU). Dann wird das Zepter an Portugal übergeben. In dieser Ausgabe des Themenservice „Deutsche EU-Ratspräsidentschaft“ bietet die Abteilung Medienanalyse und -archiv einen Überblick zu den aktuellen Herausforderungen, welche der deutsche Vorsitz in den nächsten knapp vier Wochen noch meistern müsste.

#### Poker um den EU-Haushalt

Am 10. November stieg endlich „weißer Rauch“ über Brüssel auf. Das Europäische Parlament einigte sich mit den Mitgliedsstaaten auf einen Kompromiss zum [Mehrjährigen Finanzrahmen](#) (MFR) 2021 bis 2027 und dem Corona-Wiederaufbaufonds. „Ein paar Milliarden Euro mehr reichten am Ende für eine Einigung“, resümiert **Björn Finke** in der [Süddeutschen Zeitung](#)<sup>1</sup>. Die Verhandlungspartner verständigten sich auf eine Erhöhung des Budgets um zusätzliche 16 Milliarden Euro für die Bereiche Forschung, Gesundheit und Bildung. Dies war eine der Kernforderungen des Parlaments gewesen. Der deutsche EU-Botschafter Michael Clauß, der als Vertreter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft die Verhandlungen für die Mitgliedsstaaten führte, sagte hierzu in einer [Pressemitteilung](#): „Die Verhandlungen mit dem Parlament waren langwierig, aber wir haben es schließlich geschafft [...] Dies ist eine sehr ausgewogene Einigung, mit der auf die Anliegen des Parlaments eingegangen und gleichzeitig die vom Europäischen Rat im Juli erteilten Vorgaben eingehalten werden.“

„Mit seinem Sieg im Verhandlungspoker um den EU-Haushalt gewinnt das oft geschmähte Europaparlament weiter an Ansehen und Einfluss“, kommentiert **Hans-Peter Siebenhaar** im [Handelsblatt](#)<sup>2</sup>. „Ihre Hartnäckigkeit zahlt sich aber nicht nur für die Volksvertretung aus. Denn mit dem Finanzpaket wird es für Europa möglich, nicht nur die Pandemie mit ihren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen zu bekämpfen, sondern auch die Gemeinschaft insgesamt wettbewerbsfähiger und zukunftssicherer zu machen.“



Eine Woche zuvor konnten die Verhandlungspartner bereits einen Durchbruch bei der zweiten Kernforderung des Parlaments erzielen, dem sogenannten Rechtsstaatsmechanismus. Die deutsche Ratspräsidentschaft hatte bereits am 28. September einen [Entwurf](#)<sup>3</sup> zu einem solchen Mechanismus vorgelegt, den das Parlament jedoch umgehend als zu schwach kritisiert hatte. Nähere Informationen zu den Verhandlungen finden sich im Themenservice „Deutsche EU-Ratspräsidentschaft“ der [KW 41](#) und [KW 43](#). Am 05. November konnte das Europaparlament schließlich eine Verschärfung des deutschen Vorschlags durchsetzen. Demnach könne nun die EU-Kommission die Kürzung von EU-Fördergeldern beantragen, wenn sie generell eine Verletzung der Rechtsstaatlichkeit feststellt. Ursprünglich waren Sanktionen nur bei einem Verstoß gegen die finanziellen Interessen der EU vorgesehen gewesen. Der Antrag der Kommission müsse dann von den EU-Staaten mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden, also von 15 Staaten mit 65 Prozent der Gesamtbevölke-

rung. In diesem Punkt musste das Parlament nachgeben, hier hatte man sich gewünscht, dass die qualifizierte Mehrheit Sanktionen nur verhindern könne. Beide Seiten zeigten sich am Ende zufrieden mit dem Kompromiss. Den Berichten von **Matthias Kolb** von der Süddeutschen Zeitung<sup>4</sup> und **Daniel Steinvorth** von der NZZ<sup>5</sup> zufolge bezeichneten jedenfalls sowohl Botschafter Clauß als auch der EVP-Vorsitzende Manfred Weber den Beschluss als „historisch“. Der Grüne Abgeordnete Daniel Freund wurde gegenüber der WELT<sup>6</sup> noch deutlicher: „Staaten, die Forscher aus dem Land jagen, Journalisten drangsalieren und unabhängige Richter hinauswerfen, müssen damit rechnen, dass ihnen künftig Gelder gestrichen werden.“

Europa-Staatsminister **Michael Roth** bekräftigte im Interview mit der WELT<sup>7</sup>, dass es ein zentrales Ziel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sei, die Rechtsstaatlichkeit in der EU besser zu schützen und zu stärken. „Wenn die Kommission von ihren Möglichkeiten Gebrauch macht, dann wird dieses neue Instrument ein scharfes Schwert sein.“

Doch genau wegen diesem Rechtsstaatsmechanismus steigt zunächst einmal wieder „schwarzer Rauch“ über Brüssel auf. Am Montag, den 16. November, wurde das neu ausgehandelte Finanzpaket den Mitgliedstaaten vorgelegt. Der Spiegel<sup>8</sup> schildert die Szene sehr lebendig: „Die neue Krise der EU begann am vergangenen Montag mit dröhnender Stille. Die Botschafter der 27 Mitgliedsländer saßen in Raum EB S7, im siebten Stock des Brüsseler Europagebäudes, auf der Tagesordnung ein historisches Paket [...]. Nun wollten die Botschafter das Paket nur noch verabschieden. Doch die Vertreter Polens und Ungarns sagten Nein. [...] Die anderen Botschafter, so berichteten Teilnehmer später, reagierten mit eisigem Schweigen.“ Es sei „ein Eklat mit Ansage“ gewesen. Bereits im Vorfeld hatten Ungarn und Polen oft mit einem Veto gedroht. Es war während der Verhandlungen mit dem EU-Parlament eines der Hauptargumente gegen eine Verschärfung gewesen. Dennoch hatten viele Befürworter des Rechtsstaatsmechanismus lange einen „Bluff“ darin vermutet. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass jetzt irgendjemand ernsthaft ein Interesse daran haben könnte, diesen Zug mit einer Vollbremsung noch aufzuhalten. [...] Wer hier blockiert, schneidet sich doch ins eigene Fleisch“, hatte beispielsweise Michael Roth im WELT<sup>9</sup>- Inter-

view gesagt. „Desto größer ist jetzt die Ratlosigkeit, denn es macht sich die Erkenntnis breit, dass beide Seiten von Anfang an zu hoch gepokert haben“, schreibt der Spiegel weiter. „Die verworrene Situation soll nun also Angela Merkel richten, Deutschland hat noch bis Jahresende die EU-Ratspräsidentschaft inne. Einen Vorschlag zur Versöhnung gibt es allerdings noch nicht.“ Mehr dazu finden Sie im folgenden Abschnitt.



Angela Merkel  
© European Union

Am darauf folgenden Donnerstag trafen sich die Staats- und Regierungschefs der EU zu einer Videokonferenz. Bei dieser ging es primär um die Corona-Pandemie, die Blockade des Hilfsfonds wurde nur kurz angesprochen. „Gerade einmal 16 Minuten dauerte die ‚Debatte‘ der Staats- und Regierungschefs über die ungarische und polnische Blockade des 1,8 Billionen Euro schweren Corona-Pakets aus EU-Haushalt und Aufbaufonds am Donnerstagabend“, schildert **Hendrik Kafsack** in der FAZ<sup>10</sup>. Es hätten sich nur Bundeskanzlerin Angela Merkel als Vertreterin der Ratspräsidentschaft sowie Charles Michel, Viktor Orbán, Mateusz Morawiecki und zuletzt der Slowene Janez Jansa zu dem Thema geäußert. „Ein Videogipfel sei schlicht nicht das richtige Format, um den Konflikt zu lösen“, habe die Begründung gelautet. Interessant ist die Parteinahme von Janez Jansa für Ungarn und Polen. Eigentlich sollte Slowenien mit Deutschland an einem Strang ziehen, denn zusammen mit Portugal bilden beide eine sogenannte „Trio-Präsidentschaft“. Bereits vor dem Gipfel hatte Jansa der deutschen Ratspräsidentschaft in einem Brief vorgeworfen, einen Rechtsstaatsmechanismus ausgehandelt zu haben, „der nicht auf einer unabhängigen Beurteilung beruht, sondern auf politisch motivierten Kriterien“, wie **Thomas Gutschker** in der FAZ<sup>11</sup> ihn zitiert. Manfred Weber verteidigte

den Entwurf am Donnerstag gegen den Vorwurf der politischen Einflussnahme. Er verwies darauf, dass ein sanktionierter Staat sich an den Europäischen Gerichtshof wenden könnte. Problematisch sei aber auch, dass Jansas Partei der Fidesz in der EVP-Fraktion den Rücken stärken könnte. Momentan wird wieder über einen Ausschluss<sup>12</sup> von Orbáns Partei debattiert.

### „Der Ball liegt bei Kanzlerin Merkel“

Wie könnte nun eine Lösung des Konflikts aussehen? Von „Versöhnung“ ist bisher noch keine Rede. Die bisherigen Lösungsvorschläge zielen darauf ab, weiteren Druck auf Polen und Ungarn auszuüben oder das Veto zu umgehen. Die erste Option würde bedeuten, die Krise einfach „auszusitzen“, wie es **Eric Bonse** von der taz<sup>13</sup> erklärt. „Je mehr Zeit verstreicht, so die Hoffnung, desto größer werde der Druck auf Orbán und Morawiecki, einzulenken. Schließlich steht mit der Blockade ja auch das EU-Geld für Ungarn und Polen auf dem Spiel. Zudem dürften die Südländer bald unruhig werden. Mitten in der schlimmsten Wirtschaftskrise der EU-Geschichte könne es sich niemand leisten, Finanzhilfen zu verzögern, so das Kalkül.“

Besonders drastisch ist die „nukleare Option“ des niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte, welche **Karoline Meta Beisel**, **Björn Finke** und **Matthias Kolb** in der Süddeutschen Zeitung<sup>14</sup> beschreiben. Demnach solle der Corona-Hilfstopf aus dem EU-Finanzpaket ausgegliedert und stattdessen auf Grundlage eines multilateralen Vertrages zwischen den übrigen 25 Regierungen beschlossen werden. Auf dieselbe Weise wurde der Euro-Rettungsfonds ESM durchgesetzt.

Für einen ähnlichen Vorschlag „an Ungarn und Polen vorbei“ wirbt der Europaabgeordnete Sven Giegold. Er schlägt vor, den Corona-Fonds stattdessen im Rahmen der in den EU-Verträgen vorgesehenen „verstärkten Zusammenarbeit“ zu verabschieden. Diese erlaubt es einer Gruppe von Staaten, einzelne Projekte in kleinerem Kreis umzusetzen. Ungarn und Polen könnten ein solches Projekt nicht blockieren, ebenso wenig wie den Rechtsstaatsmechanismus, der im Gegensatz zum Haushalt keine Einstimmigkeit erfordert. „Die Investitionshilfen könnten rasch fließen, ohne die Demokratie in Europa zu schwächen“, gibt **Hendrik Kafsack** in der FAZ<sup>15</sup> die Argumentation von Giegold

wieder. „Dann ist der Druck aus dem Kessel, und die Regierungen in Warschau und Budapest müssen ihren Bürgern und Unternehmen erklären, warum sie erst mal leer ausgehen.“ Allerdings würden weder Ruttes noch Giegolds Vorschlag die Blockade des EU-Haushalts lösen. Im Extremfall müsste die EU dann zunächst mit einem Notfallhaushalt auskommen. Die Begeisterung der EU-Kommission für Giegolds Vorschlag halte sich deswegen in Grenzen. Die Kommission wolle alles vermeiden, was spaltend wirken könne. „Wir setzen immer noch auf eine positive Lösung“, habe ein ranghoher EU-Beamter gegenüber Kafsack ausgesagt.

Letzten Endes wird vor allem von Angela Merkel und der deutschen Ratspräsidentschaft eine Lösung des Konfliktes erwartet. „Das Europäische Parlament lässt sich vom Rat nicht treiben und von Viktor Orban nicht erpressen. Der Ball liegt weiter bei Kanzlerin Angela Merkel und Ratspräsident Michel“, zitiert **Bernd Riegert** von der Deutschen Welle<sup>16</sup> den Europaabgeordneten Rasmus Andresen, der auch Mitglied des Verhandlungsteams des Parlaments gewesen war.



Viktor Orbán, Mateusz Morawiecki, Angela Merkel, Mark Rutte  
© European Union

Merkel sei die „wichtigste Figur im Poker“, schreiben auch **Tobias Kaiser** und **Christoph B. Schiltz** von der WELT<sup>17</sup>. „Ihr Wort hat im Kreis der Staats- und Regierungschefs am meisten Gewicht. Zudem führt Deutschland derzeit auch den Vorsitz über die 27 Mitgliedsländer und hat damit eine besondere Führungsverantwortung. [...] Merkel versucht jetzt zunächst, Polen umzustimmen und Ungarn zu isolieren. [...] Merkels Motto lautet in diesem Fall: Ruhe bewahren. Möglicherweise spielt sie auch auf Zeit. Denn auch Polen und Ungarn brauchen dringend die Corona-Milliarden aus Brüssel zur Ankurbelung der Wirtschaft.“

Ministerpräsident **Viktor Orbán** spricht im Interview mit der ZEIT<sup>18</sup> über seine Motive und kritisiert Deutschland. Orbán argumentiert, er würde lediglich den „Status quo“ beschützen, während „der Zug der Deutschen auf uns zu rast und uns vom Gleis schieben will.“ Hierbei sei er sich allerdings bewusst, dass Deutschland als Ratsvorsitzender eine „sehr undankbare Aufgabe“ habe. Auf den Vorwurf von ZEIT-Redakteur Giovanni di Lorenzo, er würde mit seinem Veto „politische Atombomben“ abwerfen, entgegnet der Ministerpräsident: „Wenn die Deutschen so etwas tun, dann sind das Atombomben, wenn wir sie abwerfen, dann sind es nur Handgranaten. Denn worum geht es? Es ist nur eine Frage des politischen Willens, dass wir den Ländern, in denen die Staatsverschuldung bei über hundert Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt, wie zum Beispiel Italien oder Spanien, das Geld geben, das sie benötigen. [...] Wer Schwierigkeiten hat, dem helfen wir so schnell wie möglich. Und die Rechtsstaatlichkeitsdiskussion können wir unabhängig davon fortsetzen, das muss nicht jetzt sofort geschehen.“ Die Rechtsstaatsfrage solle stattdessen „höchster Ebene im Rat geklärt“ werden, mit der Budgetfrage sei das Thema nicht verbunden. Schuld an der Blockade habe demnach das EU-Parlament: „[D]as Europäische Parlament hat versucht, das im Nachhinein miteinander zu verknüpfen, und drohte, den Haushalt und die Corona-Hilfen zu blockieren, wenn sie nicht an einen neuen, noch undefinierten Rechtsstaatsmechanismus geknüpft werden. [...] Und so, wie wir das interpretieren, hat der deutsche Vorsitz entschieden, zugunsten der nachträglichen Wünsche des EU-Parlaments von der Entscheidung des EU-Rates im Juli abzuweichen.“ Die Lösung für Orbán wäre demnach, die Hilfgelder jetzt sofort auszahlend und die Rechtsstaatsfrage später zu beraten.

Nach aktuellem Stand beharren Ungarn und Polen auf ihrer Position. Am Donnerstag, den 26.11.2020, fand ein Treffen zwischen Morawiecki und Orbán in Budapest statt, nachdem beide ihr Festhalten an dem Veto bekräftigten und für die Entkopplung warben, von der Orbán im ZEIT-Interview gesprochen hatte. „Von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und Bundeskanzlerin Angela Merkel wird nun das fast Unmögliche erwartet: einen Kompromiss zu finden zwischen Polen und Ungarn einerseits [...] und dem EU-Parlament und etlichen Mitgliedstaaten andererseits, die ihn auf keinen Fall opfern wollen“, kommentieren **Daniel Brössler, Björn Finke, Cathrin Kahlweit**

und **Matthias Kolb** von der Süddeutschen Zeitung<sup>19</sup>.

## Ein Neustart für das transatlantische Verhältnis

Die Erleichterung in Europa sei zunächst groß gewesen als feststand, dass der Demokrat Joe Biden die US-Präsidentschaftswahl gewonnen hat. Die Wahl habe den Weg für eine Wiederannäherung zwischen der EU und den USA geebnet, scheint der Tenor in Europa. **Thomas Hanke, Moritz Koch** und **Donata Riedel** beleuchten im Handelsblatt<sup>20</sup>, wie unterschiedlich aber die Vorstellungen in Berlin und Paris sind, was dies im Einzelnen bedeute. Kernfrage einer vom französischen Präsidenten Macron und der deutschen Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer ausgetragenen Debatte, um das Schlagwort einer „strategischen Autonomie“ Europas, sei: „Soll sich Europa an die USA binden oder mehr Eigenständigkeit wagen?“ Die Autoren sind der Meinung, da die USA verstärkt militärische und politische Ressourcen, die bislang in Europa gebunden waren, in den indopazifischen Raum verlagern will, sei mehr europäische Eigenständigkeit in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik „kein Affront gegen die neue US-Regierung“, es liege gar im amerikanischen Interesse.

Ähnlich formuliert es **Andreas Schwarzkopf** in der Frankfurter Rundschau<sup>21</sup>: „Europa sollte den US-Präsidenten Biden unterstützen und gleichzeitig eigene Ziele formulieren. Sie sollten mitgestalten, statt gestaltet werden“. Möglichkeiten der Zusammenarbeit gäbe es in der Klimapolitik, auch in der China-Politik, jedoch müssten sich hierfür die Europäer, wie auch im Verhältnis zwischen der EU und Russland, zunächst klar positionieren. Auch Schwarzkopf hält eine verstärkte Integration der EU in der Außen, Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik für nötig, um gegenüber der Biden-Administration auch mal „Nein sagen [zu] können“.

Europa solle sich nicht zu früh freuen, schreibt der ehemalige Bundeskanzler **Gerhard Schröder** im Gastbeitrag beim Handelsblatt<sup>22</sup>. Denn in der Amtszeit von US-Präsident Trump habe es keine „radikale Kehrtwende“ in den transatlantischen Beziehungen gegeben, sondern sich lediglich ein „Trend des transatlantischen Auseinanderdriftens“ fortgesetzt. Schröder führt an, dass die „Missachtung der Vereinten Nationen sowie die Austritte aus dem Pariser Klimaabkommen, dem Nuklearabkommen mit dem Iran, der Weltgesundheitsorgani-

sation und einer Reihe von Abrüstungsverträgen“ die internationale Zusammenarbeit nicht nur um Jahrzehnte zurückgeworfen, sondern die Welt anstatt sicherer, gefährlicher gemacht hätten. „Donald Trump hat dem transatlantischen Verhältnis [letztendlich] den Stecker gezogen“. Nun heiÙe es deshalb die Partnerschaft grundlegend neu zu errichten, auf Basis eines komplett veränderten weltpolitischen Umfelds. Europa stehe am Scheideweg, denn wenn Europa in einer Welt, die von der amerikanisch-chinesischen Konfrontation geprägt sein wird, ein souveräner und selbstbewusster Akteur in der Weltpolitik sein will, muss eine weitere Integration vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik stattfinden. Da dies zum Teil mit Verzicht auf nationale Souveränität einhergeht, werde dies sicherlich nicht von allen EU-Mitgliedsstaaten mitgetragen, weshalb es „ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ wird geben müssen.

Im Interview mit der WELT<sup>23</sup> fordert der französische Ex-Außenminister **Hubert Védrine**, dass auch unter einem US-Präsident Biden Europa mehr Verantwortung übernehmen und Europa sich „mental unabhängig“ machen solle. Die Europäer müssten sich „jetzt als Macht aufstellen, die von den anderen respektiert wird“. Wobei Europa sich nicht zwischen China oder den USA entscheiden müsse, dahin hingegen „eine eigene Politik betreiben“, mal mit den Amerikanern und mal mit den Chinesen. In Europa selbst müsse man mehr Subsidiarität im europäischen System etablieren, um der Bevölkerung zu zeigen, „dass Europa lediglich ein Mehrwert ist“.

Im Bezug auf die Handelspolitik, titelt die FAZ<sup>24</sup>, dass auch nach dem Wahlsieg Bidens der Handelskonflikt mit den USA weitergehe. So hat die EU bereits neue Strafzölle wegen der unerlaubten amerikanischen Subventionen für den Flugzeugbauer Boeing angekündigt. Der baldige Machtwechsel in den USA werde laut dem amtierenden EU-Ratsvorsitzenden, Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU), nicht als Grund für eine Verzögerung in der Verhängung der Zölle gesehen. Trotz dessen gibt der amerikanische Machtwechsel Hoffnung auf Entspannung in der transatlantischen Handelspolitik. So erklärte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach Bidens Wahl, wie **Eric Bonse** und **Felix Lee** in der taz<sup>25</sup> zitieren: „Wir sind bereit, das regelbasierte multilaterale System zu reformieren.“



Unterdessen entstand im Indo-Pazifik jüngst das größte Freihandelsabkommen der Welt, die "Regional Comprehensive Economic Partnership" (RCEP), welches in der EU für „groÙe Verunsicherung“ Sorge, schreibt **Hans-Peter Siebenhaar** im Handelsblatt<sup>26</sup>. Wohingegen im Interview mit der ZEIT<sup>27</sup>, **Pascal Lamy**, ehemaliger Chef der Welthandelsorganisation, der Meinung ist, dass dieses Abkommen die EU nicht beunruhigen müsse, denn es sei „vor allem unter geopolitischen Gesichtspunkten interessant, die ökonomischen Auswirkungen sind begrenzt“. EVP-Fraktionschef **Manfred Weber** sieht das Abkommen als „Ausdruck der geopolitischen Machtverschiebung“ zugunsten Chinas, woraus sich für die EU ergebe, dass diese ihre „Strategie im Umgang mit China neu ausrichten“ müsse. „Im Wirtschaftsbereich müssen wir unsere Naivität ablegen“, so Weber im Handelsblatt<sup>28</sup>. Auch sieht Weber die Zeit gekommen für ein EU-US-Freihandelsabkommen. Die Idee eines neuen Deals zwischen EU und USA beleuchten **Matthias Koch** und **Marina Kormbaki** in der Frankfurter Rundschau<sup>29</sup>. Zwei Faktoren seien ausschlaggebend für das „plötzliche“ Umdenken hin zum Freihandel über den Atlantik: In den USA formiere sich eine neue politische Führung und angesichts Chinas Machtansprüchen wüchsen „alte Ängste“.

Mit Blick auf die EU-Verteidigungspolitik, fand vergangenen Freitag ein informelles Treffen der EU-Verteidigungsminister unter Leitung des Hohen Vertreters Josep Borrell per Videokonferenz statt. Beraten wurde über Fortschritte bei PESCO (Permanent Structured Cooperation), die Missionen und Operationen der GSVP (Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik) wie auch über den ersten Meilenstein des Strategischen Kompasses, einem Kernvorhaben der deutschen EU-Ratspräsidentschaft:

die erste Bedrohungsanalyse der EU. Bei der auf Informationen aus zivilen und militärischen Nachrichtendiensten aller EU-Mitgliedsstaaten basierenden und als „EU-geheim“ eingestuften Analyse solle es sich, laut **Thomas Gutschker** in der *FAZ*<sup>30</sup> um „eine durchaus ‘unbequeme’ Darstellung der Gefährdungslage in den nächsten fünf bis zehn Jahren, und zwar aus allen Richtungen“ handeln. Der strategische Kompass, ein ganzheitlicher Ansatz, soll unter französischem Ratsvorsitz Anfang 2022 öffentlich vorgestellt werden. Ziel der europäischen sicherheits- und verteidigungspolitischen Anstrengungen sei es, „ein bessere Partner“ für die Vereinigten Staaten zu sein, zitiert Gutschker den Hohen Vertreter Borrell sowie, laut Schlussfolgerungen der Verteidigungsminister vom Juni, „ihre strategische Autonomie und ihre Fähigkeit, mit Partnern zusammenzuarbeiten, zu verbessern“.



Jens Stoltenberg, Annegret Kramp-Karrenbauer, Josep Borrell  
© NATO/ Flickr/ CC BY-NC-ND 2.0

## Brexit: Deal oder No-Deal?

Bis zum Ende des Jahres, mit dem Großbritannien den EU-Binnenmarkt und die EU-Zollunion verlassen wird, bleibt wenig Zeit und noch steht kein Freihandelsvertrag mit der EU. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen konnte noch keinen Durchbruch melden. Kommt es doch noch zu einem „No-Deal“ Austritt? Großbritanniens Premierminister Boris Johnson könnte einerseits ein „No Deal“ politisch entgegen kommen, da er somit die „volle Souveränität“ von der EU erklären, die Schuld am darauffolgenden Handelschaos in Großbritannien der EU in die Schuhe schieben und gleichzeitig die Brexit Hardliner zufrieden stellen könnte. Andererseits sei im Hinblick auf die Unabhängigkeitsbestrebungen in Schottland und das Friedensabkommen für Nordirland, eine Einigung mit der EU für den Premier besser, meint **Betina Schulz** in der *NZZ am Sonntag*<sup>31</sup>. Mitte November schien es Fortschritte in den Ver-

handlungen zu geben, so zitiert *Spiegel Online*<sup>32</sup> den britischen Unterhändler David Frost, der auf Twitter schrieb: „Wir haben nun auch größtenteils einen gemeinsamen Vertragstext, obwohl es natürlich weiterhin bei signifikanten Punkten noch keine Einigung gibt“. Dagegen sei von Seiten der EU nach der letzten Verhandlungsrunde eher mangelnde Bewegung beklagt worden, schreibt **Benjamin Bidder** auf *Spiegel Online*<sup>33</sup>.

Seit Monaten und auch weiterhin umstritten sind die Punkte: faire Wettbewerbsbedingungen, die Kontrolle des Abkommens und den Zugang europäischer Fischer zu britischen Fanggründen. Fortschritte gebe es dagegen bei dem heiklen Thema, wie Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden könnten. Auch habe sich mit der Wahl Bidens zum neuen US-Präsidenten, einem erklärten Brexit-Gegner, wie auch mit der aktuellen Lage in Schottland, wo Umfragen zuletzt eine stabile Mehrheit für die Unabhängigkeit ergaben, das politische Umfeld verändert, weisen **Jochen Buchsteiner**, **Thomas Gutschker** und **Hendrik Kafsack** auf *FAZ.net*<sup>34</sup> hin. Die jüngste Ankündigung des britischen Premiers, nach dem endgültigen Austritt aus der EU den Verteidigungsetat in den nächsten vier Jahren um rund zehn Prozent zu erhöhen, würden Londons „globale Ambitionen“ auch „militärisch untermauern“, kommentiert **Niklaus Nuspliger** in der *NZZ*<sup>35</sup>.

Am vergangenen Freitag fuhr EU-Chefunterhändler Michel Barnier zu weiteren Verhandlungen nach London. Inoffiziell gelte nun der EU-Gipfel am 10. Dezember als Deadline, wie **Carsten Volkery** und **Hans-Peter Siebenhaar** vom *Handelsblatt*<sup>36</sup> berichten.

## Westbalkan: Vertrag euch!

„Seinen Frust konnte Michael Roth (SPD) nicht verbergen“, beschreiben **Cathrin Kahlweit** und **Matthias Kolb** in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>37</sup> die Situation auf der Konferenz der Europaminister am 17. November. „Lange hatte der Staatsminister im Auswärtigen Amt gehofft, nach der November-Sitzung der EU-Europaminister den Start von Beitrittsgesprächen mit Nordmazedonien und Albanien bekannt geben zu können. Eine Priorität der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wäre damit erfüllt gewesen.“ Doch nun blockiert Bulgarien die Gespräche wegen Forderungen an Nordmazedonien, das Land solle seine sprachlichen und historischen Verbindungen zu Bulgarien anerkennen.

„Berlin, das im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und auch mit Albanien noch in diesem Dezember herbeiführen will, hat in dem Streit seit Wochen auf höchster Ebene zu vermitteln versucht. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, die Kanzlerin und Außenminister Heiko Maas schalteten sich ein, um einen Kompromiss zu erreichen“, berichtet **Michael Martens** in der FAZ<sup>38</sup>. Eine Woche vor der Konferenz der Europaminister hatte die Bundeskanzlerin noch einmal persönlich an Bulgarien appelliert. Auf einem Videogipfel im sogenannten Berliner Prozess sagte Merkel: „Der Berliner Prozess und seine Fortschritte haben immer etwas zu tun mit Aussöhnung, mit der Überwindung geschichtlicher Spannungen, und deshalb wünschen wir uns natürlich, dass dieser Prozess weitergeht. [...] Vertrag euch!“

Der Präsident von Nordmazedonien, Stevo Pendarovski, erwartet jedoch kaum noch eine Einigung in diesem Jahr. „Ich habe bereits vorher festgestellt, dass in Anbetracht der zahlreichen Aussagen aus Sofia im vergangenen Monat die Chancen auf eine baldige Lösung gering sind, obwohl sie immer noch bestehen“, sagte er der Deutschen Welle<sup>39</sup>.

„Das einzige Land, das sich den Beginn von Beitrittsgesprächen mit unserer Nachbarrepublik noch mehr wünscht als Deutschland, ist Bulgarien“, behauptet der bulgarische **Bojko Borissow** Ministerpräsident im Interview mit der FAZ<sup>40</sup>. Er besteht allerdings auf seinen geschichtspolitischen Forderungen: „Wenn jetzt gewisse Falschdarstellungen im Zuge des EU-Beitrittsprozesses auftauchen und ich nicht reagiere, werden meine politischen Gegner sagen: Borissow verkauft die bulgarische Geschichte und beugt sich dem Druck der europäischen Partner.“

## Weitere wichtige Themen

**EU-Afrika-Beziehungen:** Die europäischen Beziehungen zu Afrika seien einer der außenpolitischen Schwerpunkte der Ratspräsidentschaft, hatte Angela Merkel noch im Mai in einer Rede in der Konrad-Adenauer-Stiftung verkündet. Zum Ende der Ratspräsidentschaft spricht **Daniel Pelz** von der Deutschen Welle<sup>41</sup> nun von einem verlorenen Jahr. Ein Grund sei dafür die Corona-Pandemie, wegen der ein für Oktober geplanter Gipfel auf 2021 verschoben wurde. Auf afrikanischer Seite sei die Verschiebung allerdings nicht nur wegen COVID-19 begrüßt worden, sondern auch weil die Beziehungen zu

Europa als unfair empfunden werden. In den Wirtschaftsbeziehungen und der Migrationspolitik agiere die EU nicht auf Augenhöhe. Am 23. November berieten die Entwicklungsministerinnen und -minister der EU über eine Nachfolge für das Cotonou-Abkommen, welches im Dezember ausläuft.

**Asylreform:** Die SZ<sup>42</sup>-Korrespondenten **Karoline Meta Beisel** und **Matthias Kolb** schildern, wie die Corona-Lage in Brüssel die Verhandlungen über eine europäische Asylreform behindern: „Horst Seehofer hatte sich viel vorgenommen für die Zeit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Vor fünf Wochen hatte der CSU-Politiker ein Sondertreffen mit seinen Innenminister-Kollegen in Brüssel angekündigt, um die Arbeit an der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Asylreform voranzutreiben. [...] Seehofer weiß, dass ein Gespräch unter vier, sechs oder acht Augen alles ändern kann, wenn es zum richtigen Zeitpunkt geführt wird. Bis zu diesem ‚richtigen Zeitpunkt‘ dürfte es jedoch noch dauern.“ Denn ausgerechnet Brüssel sei besonders schwer betroffen von der Pandemie und stehe unter einem Teil-Lockdown. Es sei ungewiss, ob überhaupt noch physische Treffen von Ministern im Jahr 2020 möglich sein werden. „Für die Asylreform bedeutet dies einen von außen erzwungenen Stillstand, der manchem durchaus willkommen sein dürfte. Keine Hauptstadt macht ohne Not Zugeständnisse. Diplomaten berichten, dass in Videokonferenzen weiter vor allem Sprechzettel verlesen werden. Der Erkenntniswert? Gering. Niemand weiß, wer hinter welchem Bildschirm sitzt und etwa mit dem Smartphone aufnimmt, darum sind klare Worte in diesen Runden selten.“

**Antisemitismus:** Die Staats- und Regierungschefs der EU wollen auf dem nächsten EU-Gipfel im Dezember eine einheitliche Vorgehensweise gegen jegliche Form von Antisemitismus festlegen, berichten **Dirk Banse** und **Uwe Müller** in der WELT<sup>43</sup>. „Die Initiative zur Entwicklung eines verbindlichen Leitfadens war von Deutschland, das bis Ende des Jahres die EU-Ratspräsidentschaft ausübt, auf die Tagesordnung gesetzt worden.“ Es soll damit unter anderem das „Bewusstsein für Antisemitismus in allen Politikbereichen“ gestärkt werden.

**Klimapolitik:** Deutsche Europaabgeordnete kritisieren die Klimapolitik der deutschen Ratspräsidentschaft. In einer 14 Seiten langen „Zwischenbilanz“, welche **Karoline Meta Beisel** und **Matthias Kolb** von der Süddeutschen Zeitung<sup>44</sup>

vorliegt, werfen die Abgeordneten der Bundesregierung vor, „die Einigung auf ein europäisches Klimagesetz hinauszuzögern. Dieses ist im Rat zwar praktisch fertig verhandelt, aber ein Kernelement fehlt noch: ein neues CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel bis 2030.“ Erst im Dezember soll die Fragestellung von den Staats- und Regierungschefs besprochen werden. Ebenfalls kritisiert werde die EU-Agrarreform, welche unter dem Vorsitz von Julia Klöckner ausgehandelt wurde. Hier „habe sich die deutsche Ratspräsidentschaft nicht für einen echten Systemwechsel eingesetzt“, denn die beschlossenen Ökomaßnahmen seien für Bauern nicht verbindlich.

## Weitere Informationen

- Erster jährlicher [Rechtsstaatlichkeitsbericht](#) der Europäischen Kommission.
  - Kapitel [Ungarn](#). Kapitel [Polen](#).
- [Licht und Schatten](#): Eine Analyse der Vorbedingungen der EU für Albanien unseres Auslandsbüros in Tirana.
- [Deutschlandfunk](#): „Polens selbstzerstörerisches Veto zum EU-Haushalt“, 21.11.2020.
- [eu2020.de](#): Die offizielle Webseite der Bundesregierung zu der Ratspräsidentschaft.
- Auf der offiziellen [Themenseite](#) der **Konrad-Adenauer-Stiftung** finden Sie aktuelle Interviews sowie auch Veranstaltungen und Publikationen zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft.
- [Historischer Rückblick](#): Zwölfmal deutsche EU-Ratspräsidentschaft.

<sup>1</sup> Björn Finke, Ungarn oder Polen haben noch eine Blockademöglichkeit, sueddeutsche.de, 10.11.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-haushalt-einigung-corona-1.5111314>

<sup>2</sup> Hans-Peter Siebenhaar, Die Einigung auf den nächsten EU-Haushalt ist ein Sieg des Parlaments, Handelsblatt online, 10.11.2020, <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-die-einigung-auf-den-naechsten-eu-haushalt-ist-ein-sieg-des-parlaments/26610630.html>

<sup>3</sup> Peter Müller, Im Weichspülgang gegen Orbán, Spiegel Online, 28.09.2020, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/eu-so-soll-der-rechtsstaatsmechanismus-funktionieren-a-88e78714-02e8-462b-a19a-b5d74051931d>

<sup>4</sup> Matthias Kolb, "Es gibt kein Wegducken mehr", sueddeutsche.de, 05.11.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/rechtsstaatlichkeit-eu-mechanismus-1.5105975>

<sup>5</sup> Daniel Steinvorh, Die EU will Rechtsstaats-Sündern an den Kragen, nzz.ch, 05.11.2020, <https://www.nzz.ch/international/rechtsstaatlichkeit-wer-eu-werte-missachtet-wird-bestaft-ld.1585487>

<sup>6</sup> Tobias Kaiser/ Philip Volkmann-Schluck, Ab Januar könnte Brüssel teure Sanktionen gegen Ungarn und Polen verhängen, Welt Online, 05.11.2020, <https://www.welt.de/politik/ausland/article219408290/Ab-Januar-kann-Bruessel-teure-Sanktionen-gegen-Ungarn-und-Polen-verhaengen.html>

<sup>7</sup> Sascha Lehnartz, "Das Instrument wird ein scharfes Schwert sein". Interview mit Michael Roth, Die Welt, 12.11.2020, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/roth-welt-rechtsstaatsmechanismus/2415882>

<sup>8</sup> Markus Becker/ Christiane Hoffmann/ Martin Knobbe/ Walter Mayr/ Jan Puhl/ Christian Reiermann/ Britta Sandberg, So kämpft Europa gegen Ungarn und Polen, Spiegel Online, 20.11.2020, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-haushalt-heftiger-widerstand-gegen-ungarn-und-polen-a-00000000-0002-0001-0000-000174103614>

<sup>9</sup> Siehe Endnote 7.

<sup>10</sup> Hendrik Kafsack, EU könnte Veto von Ungarn und Polen umgehen, faz.net, 20.11.2020, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/corona-fonds-eu-koennte-veto-von-ungarn-und-polen-umgehen-17061690.html>

<sup>11</sup> Thomas Gutschker, Slowenien greift deutschen EU-Ratsvorsitz an, faz.net, 19.11.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/slowenien-greift-deutschen-eu-ratsvorsitz-an-17060392.html>

<sup>12</sup> Felix Keßler, Union spricht sich gegen Ausschluss von Orbáns Fidesz aus, Spiegel Online, 17.11.2020, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/viktor-orban-partei-alexander-dobrindt-gegen-fidesz-ausschluss-aus-evp-a-31c282b7-5728-4381-9ca0-cf25a773163c>

<sup>13</sup> Eric Bonse, Budgetkrise in der EU. Am besten „aussitzen“, taz.de, 17.11.2020, <https://taz.de/Budgetkrise-in-der-EU/!5725451/>

<sup>14</sup> Karoline Meta Beisel/ Björn Finke/ Matthias Kolb, Wenig Zeit, viel Geld, sueddeutsche.de, 20.11.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/europaeische-union-wenig-zeit-viel-geld-1.5122334>

<sup>15</sup> Siehe Endnote 10.

<sup>16</sup> Bernd Riegert, Streit um den EU-Haushalt: Merkel soll es richten, Deutsche Welle, 19.11.2020, <https://www.dw.com/de/streit-um-den-eu-haushalt-merkel-soll-es-richten/a-55670109>

<sup>17</sup> Tobias Kaiser/ Christoph B. Schiltz, „Orban wird immer dreister“ - Im EU-Poker kommt es wieder auf Merkel an, Welt Online, 19.11.2020, <https://www.welt.de/politik/ausland/article220461872/EU-Gipfel-Im-Streit-um-Rechtsstaatlichkeit-kommt-es-auf-Merkel-an.html>

<sup>18</sup> Giovanni di Lorenzo, "Meine kleine Handgranate reicht dafür nicht", Die Zeit, 25.11.2020, <https://www.zeit.de/2020/49/viktor-orban-ungarn-europa-corona-hilfe-angela-merkel-menschenrechte>

<sup>19</sup> Daniel Brössler, Björn Finke, Cathrin Kahlweit und Matthias Kolb, Ungarn und Polen bleiben beim Veto gegen Rechtsstaatsmechanismus, sueddeutsche.de, 27.11.2020 <https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-rechtsstaatmechanismus-eu-polen-ungarn-veto-1.5130397>

<sup>20</sup> Thomas Hanke/ Moritz Koch/ Donata Riedel, Frankreich und Deutschland suchen die Wiederannäherung zu den USA, Handelsblatt online, 18.11.2020, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/transatlantisches-verhaeltnis-frankreich-und-deutschland-suchen-die-wiederannaeherung-zu-den-usa/26632562.html?ticket=ST-2879913->

[z77LVt7FanDWOU9venAH-ap2](#)

- <sup>21</sup> Andreas Schwarzkopf, Joe Biden und Kamala Harris: Europa muss sie unterstützen, fr.de, 16.11.2020, <https://www.fr.de/meinung/kommentare/usa-wahl-2020-joe-biden-kamala-harris-europa-buendnis-donald-trump-90101144.html>
- <sup>22</sup> Gerhard Schröder, „Trump hat nur endgültig zerschlagen, was ohnehin baufällig war“, Handelsblatt online, 12.11.2020, <https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/global-challenges-gerhard-schroeder-trump-hat-nur-endgueltig-zerschlagen-was-ohnehin-baufaellig-war/26612422.html>
- <sup>23</sup> Martina Meister, „Wir müssen auch Joe Biden mit Sanktionen drohen“. Interview mit Hubert Védrine, Welt Online, 15.11.2020, <https://www.welt.de/politik/ausland/article220158758/EU-als-Weltmacht-Wir-muessen-auch-Joe-Biden-mit-Sanktionen-drohen.html>
- <sup>24</sup> o.A., EU verhängt Strafzölle gegen Amerika, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.11.2020.
- <sup>25</sup> Eric Bonse/ Felix Lee, Handelskonflikt geht vorerst weiter, taz.de, 10.11.2020, <https://taz.de/Zollstreit-zwischen-EU-und-USA/!5724048/>
- <sup>26</sup> Hans-Peter Siebenhaar, Asiatisches Freihandelsabkommen verunsichert die EU, Handelsblatt online, 17.11.2020, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/welthandel-asiatisches-freihandelsabkommen-verunsichert-die-eu/26630934.html?ticket=ST-3165308-yhGGRwIET6mNFk2VG9uR-ap2>
- <sup>27</sup> Mark Schieritz/ Petra Pinzler, "Wir sollten uns nicht einschüchtern lassen". Interview mit Pascal Lamy, Zeit Online, 19.11.2020, <https://www.zeit.de/2020/48/pascal-lamy-freihandelszone-rcep-asien-europa-chance>
- <sup>28</sup> Hans-Peter Siebenhaar, EVP-Chef fordert Freihandelsabkommen: „Europa und USA müssen Kräfte bündeln“. Interview mit Manfred Weber, Handelsblatt online, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/wirtschaftspolitik-evp-chef-fordert-freihandelsabkommen-europa-und-usa-muessen-kraeft-buendeln/26636156.html>
- <sup>29</sup> Matthias Koch/ Marina Korbaki, Neue Deals zwischen EU und USA, fr.de, 22.11.2020, <https://www.fr.de/politik/neue-deals-zwischen-eu-und-usa-90108340.html>
- <sup>30</sup> Thomas Gutschker, Die EU auf der Suche nach dem strategischen Kompass, faz.net, 21.11.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/eu-verteidigungsplanung-suche-nach-strategischem-kompass-17062859.html>
- <sup>31</sup> Bettina Schulz, Sie ist die Frau, die Boris Johnson vor seinem Untergang rettete, NZZ am Sonntag, 21.11.2020, <https://nzzas.nzz.ch/international/carrie-symonds-die-verlobte-von-boris-johnson-hat-ihn-gerettet-ld.1588218?reduced=true>
- <sup>32</sup> Benjamin Bidder, London hat noch Hoffnung auf ein Abkommen mit der EU, Spiegel Online, 15.11.2020, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/brexit-london-hat-noch-hoffnung-auf-ein-abkommen-mit-der-eu-a-9f7fdf3c-e990-4fe5-958e-71a4641cf169>
- <sup>33</sup> Siehe Endnote 32.
- <sup>34</sup> Jochen Buchsteiner/ Thomas Gutschker/ Hendrik Kafsack, Eine Einigung in letzter Sekunde?, faz.net, 19.11.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/brexit-verhandlungen-eine-einigung-in-letzter-sekunde-17059124.html>
- <sup>35</sup> Niklaus Nuspliger, Mitten in der Corona- und der Wirtschaftskrise verpasst Premierminister Johnson der britischen Armee die grösste Budget-Aufstockung seit 30 Jah-

ren, nzz.ch, 20.11.2020,

- <https://www.nzz.ch/international/grossbritannien-brexit-boris-johnson-ruestet-die-armee-auf-ld.1587855>
- <sup>36</sup> Carsten Volkery/ Hans-Peter Siebenhaar, Nur noch zehn Tage für den Brexit-Deal – die Wirtschaft fürchtet ein Desaster, Handelsblatt online, 30.11.2020, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/freihandelsabkommen-nur-noch-zehn-tage-fuer-den-brexit-deal-die-wirtschaft-fuerchtet-ein-desaster/26669418.html>
- <sup>37</sup> Cathrin Kahlweit/ Matthias Kolb, Bulgarien blockiert Start von EU-Beitrittsgesprächen, Süddeutsche Zeitung, 18.11.2020.
- <sup>38</sup> Michael Martens, Wenn Merkel die Streithähne ermahnt, faz.net, 10.11.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/merkels-vermittlung-im-balkanischen-geschichtsstreit-17046054.html>
- <sup>39</sup> Boris Georgievski, Präsident Pendarovski: Geringe Chancen für baldige EU-Beitrittsverhandlungen Nordmazedoniens, Deutsche Welle, <https://www.dw.com/de/pr%C3%A4sident-pendarovski-geringe-chancen-f%C3%BCr-baldige-eu-beitrittsverhandlungen-nordmazedoniens/a-55750988>
- <sup>40</sup> Michael Martens, Warum hatten Sie Geld, Gold und eine Pistole am Bett, Herr Ministerpräsident?. Interview mit Bojko Borissow, faz.net, 29.11.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/borissow-wie-pistole-und-gold-in-mein-schlafzimmer-kamen-17074141.html>
- <sup>41</sup> Daniel Pelz, EU-Afrika-Beziehungen: Das verlorene Jahr, Deutsche Welle, 18.11.2020, <https://www.dw.com/de/eu-afrika-beziehungen-das-verlorene-jahr/a-55595282>
- <sup>42</sup> Karoline Meta Beisel/ Matthias Kolb, Leere im Hotspot, sueddeutsche.de, 12.11.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/corona-leere-im-hotspot-1.5113656>
- <sup>43</sup> Dirk Banse/ Uwe Müller, EU-Staaten planen gemeinsamen Kampf gegen Antisemitismus, Welt Online, 23.11.2020, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article220500058/Ratspraesidentschaft-EU-Erklaerung-gegen-Antisemitismus.html>
- <sup>44</sup> Karoline Meta Beisel/ Matthias Kolb, Grüne kritisieren deutsche Ratspräsidentschaft, sueddeutsche.de, 12.11.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-gruene-kritisieren-deutsche-ratspraesidentschaft-1.5113822>